



F+ RKI-PROTOKOLLE

## Wir müssen die Corona-Jahre endlich aufarbeiten

Von Svenja Flaßpöhler, Elisa Hoven, Frauke Rostalski, Juli Zeh

07.08.2024, 17:45 Lesezeit: 7 Min.



**Die Zeit der Pandemie hat Spuren hinterlassen. Eine kritische Betrachtung des Umgangs der Politik mit der Öffentlichkeit ist notwendig. Ein Gastbeitrag.**



Viel wurde vergessen, noch mehr verdrängt. Aus heutiger Sicht scheinen die Erinnerungen an die Corona-Zeit fast wie ein surrealer Traum. Sind wirklich Ordnungshüter mit Zollstöcken die Hamburger Elbpromenade entlanggelaufen, um

die Abstände zwischen Spaziergängern zu messen? War es tatsächlich so, dass ungeimpfte Mütter ihre Kinder nicht zum Schwimmkurs bringen durften? Gab es abgesperrte Parkbänke, Wandern im Uhrzeigersinn und Joggen mit Maske? Vollbartverbote, damit Medizinstudenten ihre Masken richtig aufsetzten? Bundesländer, die ihre Grenzen schlossen?

Hinterher ist man immer klüger. Heute wissen wir, dass wir auch ohne Impfpflicht aus der Pandemie gekommen sind. Dass die Schulschließungen jedenfalls deutlich zu lang waren. Dass vor allem die Kinder aufgrund der sozialen Isolation viel Leid erfahren haben.

Doch warum all das jetzt noch einmal durchkauen? Man könnte denken: Ist ja egal, jetzt ist Corona mehr oder weniger vorbei. Man könnte all jene, die jetzt nach Aufarbeitung rufen, einfach nur nervig finden oder sie ein weiteres Mal als „Querdenker“ abstempeln.

Aber so einfach ist das alles nicht. Was in der Corona-Zeit passiert ist, hat tiefe Spuren hinterlassen – bei Einzelnen, aber auch in der Gesellschaft im Ganzen. Nicht nur, weil sich viele Maßnahmen als sinnwidrig erwiesen haben. Oder weil es verschiedene Meinungen darüber gab, mit welchen Mitteln der Pandemie Einhalt geboten werden sollte. Der entstandene gesellschaftliche Schaden wurzelt auch in dem Gefühl, dass weder mit Fehlern noch mit Kontroversen angemessen umgegangen wurde – und wird. Noch heute werfen sich manche Leitmedien beinahe schützend vor die Politik, wenn es darum geht, die beschlossenen Maßnahmen und die von Politikern und Wissenschaftlern praktizierte Kommunikationsstrategie anhand der nun endlich veröffentlichten RKI-Protokolle kritisch zu betrachten. Als ob alles, was zur Bekämpfung der Pandemie unternommen wurde, um jeden Preis und bis in alle Zeiten als richtig und legitim anzusehen sei. Weil sonst die ganze Pandemiepolitik falsch war? Weil sich sonst „Querdenker“ bestärkt fühlen könnten?

## **Das Triggern der „Urängste“**

Dabei ist es eigentlich unnötig, sich vor kritischer Revision zu fürchten. Aufarbeitung besteht gerade nicht darin, triumphierend „Siehste!“ zu schreien. Dass Fehler unterlaufen, ist grundsätzlich erwartbar, wenn es gilt, auf eine neue, noch unbekanntere Herausforderung zu reagieren. Es ist aber wichtig, diese Fehler zu erkennen und zu verstehen, aus welchen Gründen sie gemacht wurden. Daraus lässt sich etwas lernen. Für die Krisen, die noch kommen werden.

Eine Reflexion von Entscheidungen und Kommunikation in der Pandemie ist kein Nachtreten, sondern ein notwendiger Schritt aufeinander zu, im Interesse des gesellschaftlichen Friedens. Niemand sollte unterschätzen, wie stark die Zeit der Pandemie das Vertrauen vieler Bürger in den Staat und seine Institutionen beschädigt hat. Wer aufarbeitet, zeigt, dass es ihm ernst damit ist, Verantwortung zu übernehmen und es in Zukunft besser zu machen. Es geht darum, sich gemeinsam zu überlegen, wie wir als Gesellschaft miteinander leben und sprechen wollen.

Eine redliche Aufarbeitung der Corona-Pandemie betrifft dabei nicht nur – vielleicht nicht einmal in erster Linie – die einzelnen Maßnahmen, sondern die grundlegende Frage nach dem Umgang der Politik mit der Öffentlichkeit. Die RKI-Protokolle und auch das bereits 2020 öffentlich gewordene Strategiepapier des Bundesinnenministeriums offenbaren ein äußerst zweifelhaftes Verständnis der Politik von ihrer Rolle und ihrem Verhältnis zu den Bürgern. In den geleakten Papieren tritt immer wieder ein Menschenbild zutage, das mit der demokratischen Idee vom mündigen Bürger wenig zu tun hat. Schon das Strategiepapier des Bundesinnenministeriums vom März 2020 geht davon aus, der Staat müsse „Urängste“ triggern, um die Menschen zum Befolgen der Corona-Maßnahmen anzuhalten: „Viele Schwerkranke werden von ihren Angehörigen ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen, und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause. Das Ersticken oder nicht genug Luft kriegen ist für jeden Menschen eine Urangst. Die Situation, in der man nichts tun kann, um in Lebensgefahr schwebenden Angehörigen zu helfen, ebenfalls.“

Die RKI-Protokolle dokumentieren eine ähnliche Auffassung. Ein Beispiel: Obwohl das RKI die Rede von einer „Pandemie der Ungeimpften“ als fachlich „nicht korrekt“ einstuft, wird dieser Fehler nicht aufgedeckt. Denn: „Sagt Minister bei jeder Pressekonferenz, vermutlich bewusst, kann eher nicht korrigiert werden.“

Das Ziel hinter dieser Kommunikationsstrategie ist aus Sicht der Politik nachvollziehbar: Möglichst viele Menschen sollten zur Befolgung der Maßnahmen und zu Impfungen bewogen werden. Aber wer dazu auf Einschüchterung, Manipulation oder falsches Framing zurückgreift, der behandelt den Bürger nicht als Souverän, in dessen Auftrag die Politik um die bestmögliche Lösung ringt. Er behandelt ihn als Teil einer zu dirigierenden und zu schützenden Masse, die es mit (fast) allen Mitteln auf Linie zu bringen gilt, um einen vermeintlich alternativlosen Weg durchzusetzen.

## **Neuerfindung der Demokratie?**

Margaret Thatcher und Angela Merkel haben vorgemacht, wie man mit der

Behauptung von „Alternativlosigkeit“ einen gewünschten politischen Weg als zwingend beschreibt und ihn dem demokratischen Entscheidungsprozess entzieht. Im Jahr 2010 wurde „alternativlos“ zum Unwort des Jahres gewählt, weil es, wie die Jury befand, auf sachlich unangemessene Weise suggeriere, „dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe“.

Während der Pandemie wurde das TINA-Prinzip („There is no alternative“) zur politischen Maxime erhoben. Krisen mit hohem Zeit- und Handlungsdruck verstärken den Eindruck, es sei für Kontroversen keine Zeit, schon gar nicht für das Aushandeln von Kompromissen oder eine echte Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit. Vielmehr wächst die Sehnsucht nach dem einen richtigen Weg, der, von Experten vorgezeichnet, von allen gemeinsam zu beschreiten ist. Wer das nicht einsehen will, kann nichts anderes sein als uneinsichtig, dumm und egoistisch.

In der demokratischen Staatsform liegt aber eine Klugheit, die die Einsichtsfähigkeit von Zeitgenossen gelegentlich übertrifft. Unter dem tatsächlichen oder gefühlten Krisendruck des laufenden Jahrzehnts werden immer häufiger Stimmen laut, die meinen, man könne den gegenwärtigen Herausforderungen nicht mit herkömmlichen demokratischen Verfahren begegnen. Man müsse die Demokratie neu erfinden oder vielleicht sogar ganz abschaffen. Da werden die Grundrechte unserer Verfassung plötzlich als „Suppenkasper“-Freiheiten bezeichnet (Hedwig Richter, F.A.Z. v. 18.4.2024). Da wurde und wird mit autokratischen Systemen geliebäugelt, die mit harter Hand zu vermeintlich besseren und schnelleren Lösungen für komplexe Problemlagen kommen.

Dabei bilden die Anforderungen, die das demokratische System an unsere persönliche Reife, unsere Mündigkeit stellt, keinen Selbstzweck aus sittlichen Gründen. Hinter der demokratischen Idee steht letztlich die Erkenntnis, dass es den einen Weg und die eine Wahrheit in einem säkularen, freiheitlichen Staat nicht geben kann. Es gibt auch nicht „die Wissenschaft“, eine Tatsache, die den meisten Wissenschaftlern ganz selbstverständlich ist. Ein vielstimmiger, ehrlicher Diskurs sichert nicht nur den

gesellschaftlichen Frieden. Er führt durch die Abwägung von Standpunkten, die Verbindung von Perspektiven und die Aufnahme von möglichst vielfältiger Kompetenz auch zu den besten Ergebnissen.

## **Bürgerverdrossenheit der Politik**

Die Top-down-Logik hinter einer angeblichen Alternativlosigkeit widerspricht nicht nur in theoretischer Hinsicht der demokratischen Idee, die das Volk als Souverän und nicht als machtunterworfenen Objekt eines allgewaltigen Staates betrachtet. In praktischer Hinsicht gefährden unehrliche Ansprache, dystopische Überzeichnung einer Bedrohungslage und mangelnde Fehlerkultur das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten – und den gesellschaftlichen Frieden. Wer von Urängsten getrieben ist, wird zum Beispiel in der Kritik an einzelnen Pandemiemaßnahmen keinen wichtigen Diskussionsbeitrag sehen, sondern eine schreckliche Gefahr, ausgehend von einem renitenten, gefährlichen Solidaritätsverweigerer. In einem solchen Diskursklima wird bald kein fruchtbarer Meinungs austausch mehr möglich sein. Stattdessen werden Missverständnisse, Misstrauen und gegenseitige Ablehnung gedeihen und bis in die gemäßigten politischen Gefilde der Mehrheitsgesellschaft vordringen, wo sie künftig der Verständigung im Wege stehen und das Erreichen von Lösungen nicht etwa einfacher, sondern ungleich schwieriger machen.

Liest man die veröffentlichten Papiere im Ganzen, kommt man nicht umhin, eine Art Bürgerverdrossenheit zu diagnostizieren, über die im Gegensatz zur allgegenwärtigen Politikverdrossenheit wenig gesprochen wird, obwohl sie ein komplementäres Phänomen darstellt. Vertrauen ist ein reziprokes Geschäft. Wer den Menschen wenig Vertrauen entgegenbringt, wird auch wenig Vertrauen von ihnen erwarten können. Die meisten Leute haben feine Antennen dafür, ob sie ernst genommen oder aus dem Spiel gedrängt werden sollen.

Regierende, die sich nicht trauen, auch einmal einen Fehler zuzugeben, einen Irrtum zu korrigieren, eine Entschuldigung anzubieten oder zu akzeptieren, wirken nicht

souverän – und nicht vertrauenswürdig. Ihnen wird nicht zugetraut, verantwortungsvoll und angemessen mit einer Krise umzugehen. Das ist der Kern des reziproken Vertrauensgeschäfts: Demokratische Politik ist nur unter Gleichberechtigten möglich, unter Mündigen, die sich gegenseitig als solche anerkennen und auch so behandeln.

#### MEHR ZUM THEMA

**F+** EINSPRUCH EXKLUSIV

**Nebelkerze in der Masken-Affäre**

**F+** DISSENS IM ETHIKRAT

**Ist die Impfpflicht das Symbol eines politischen Aktionismus?**

**F+** EINSPRUCH EXKLUSIV

**Die Politik darf in der Pandemie die Freiheit nicht aufgrund bloßer Befürchtungen beschränken**

Das sind vielleicht die wichtigsten Erkenntnisse, die eine Aufarbeitung der Corona-Zeit hervorbringen kann: Fehler wurden nicht nur bei der Auswahl bestimmter, im Nachhinein geradezu absurd anmutender Maßnahmen gemacht, sondern vor allem im Umgang mit den Bürgern. Es wurden Gewissheiten vorgetäuscht, Fehler nicht zugegeben und auch nicht korrigiert, es wurde gefordert, „der Wissenschaft“ zu folgen, obwohl in vielen grundlegenden Fragen Uneinigkeit bestand und obwohl die Politik selbst Einfluss auf die Wissenschaft genommen hat.

Das kann und muss künftig besser laufen. Denn wir haben allen Grund, vertrauensvoll an der Demokratie festzuhalten. Dann haben wir ebenso viel Grund, vertrauensvoll zur Idee des mündigen Bürgers zu stehen.

*Dr. Svenja Flaßpöhler ist Philosophin.*

*Professor Dr. Elisa Hoven ist Inhaberin des Lehrstuhls für deutsches und ausländisches Strafrecht, Strafprozessrecht, Wirtschafts- und Medienstrafrecht der Universität Leipzig und Richterin am Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen.*

*Professor Dr. Dr. Frauke Rostalski ist Inhaberin des Lehrstuhls für Strafrecht, Strafprozessrecht, Rechtsphilosophie und Rechtsvergleichung der Universität zu Köln.*

*Dr. Juli Zeh ist Schriftstellerin und Richterin am Verfassungsgericht des Landes Brandenburg.*

Quelle: F.A.Z. [Artikelrechte erwerben](#)

---



**Frankfurter Allgemeine**

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001 - 2024  
Alle Rechte vorbehalten.